

## Für demokratische, freie und soziale Hochschulen

### Ein Arbeitspapier des Fachausschuss Hochschulen des vpod

In den vergangenen 20 Jahren wurde die Hochschullandschaft in der Schweiz – und ganz Europa – radikal verändert. Mit der Bologna-Reform sollten standardisierte Bachelor- und Masterstudiengänge geschaffen werden, kantonale New Public Management-Reformen haben Universitäten und Fachhochschulen nach dem Modell von Unternehmen (neu) organisiert, die Fachhochschulentwicklung und die Koordination der Hochschulpolitik auf Bundesebene haben – zumindest vorübergehend - zu einer Verdichtung und Unübersichtlichkeit staatlicher Vorgaben geführt. An der Verbandskonferenz Bildung des vpod im Mai 2010 haben die Delegierten aus dem Hochschulbereich folgende Analyse festgehalten:

Die kombinierten Reformen haben zu einer Ökonomisierung des Hochschulwesens auf Kosten der Bildung und der Wissenschaft geführt. Das heisst:

- Im Umbau der Hochschulen zu Unternehmen wird akademische Mitbestimmung durch Top-Down-Führungsstrukturen teilweise ersetzt. Fachhochschulen wurden von Anfang an als Firmen konzipiert.
- Befristete und flexibilisierte Anstellungsbedingungen nehmen beim wissenschaftlichen Nachwuchs, bei Dozierenden und zunehmend auch beim administrativen und technischen Personal zu. In Kombination mit einem Ausbau von projektspezifischen Finanzierungsmechanismen nehmen die Unsicherheit und die ständige interne Konkurrenz um Stellen, Pensen, Projektaufträge zu.
- Lehre und Forschung werden bürokratisiert. Gerade die Schaffung künstlicher Wettbewerbe zwischen Hochschulen, Instituten, Departementen und einzelnen Mitarbeitenden ist nur durch enormen bürokratischen Aufwand und sinnlose Ratings zu bewerkstelligen.
- Der ständige Wettbewerb und der Fokus auf quantitative Erfolgsindikatoren verdrängen inhaltliche Debatten. Der notwendige Freiraum, um wirklich innovativ zu lehren und zu forschen, wird zerstört.

Um dieser Entwicklung entgegen zu treten, hat der Fachausschuss Hochschulen des vpod folgende Prinzipien formuliert:

<b>vpod</b>	<b>ssp</b>	<b>ssp</b>	<b>ssp</b>
<i>Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste</i>	<i>Syndicat suisse des services publics</i>	<i>Sindacato svizzero dei servizi pubblici</i>	<i>Sindicat svizzer dals servetschs publics</i>

1. Eine demokratische Gesellschaft braucht freie und soziale Hochschulen. An allen Hochschulen – seien sie Universitäten oder Fachhochschulen – müssen Fragen frei von Unternehmensinteressen bearbeitet werden, sonst geht der Demokratie eine überlebenswichtige Quelle von Erneuerung und Kritik verloren.
2. Freiheit der Forschung und Lehre heisst, dass die Qualität von Ergebnissen allein von der wissenschaftlichen Gemeinschaft beurteilt wird. Sie ist nicht mit Budget-Autonomie und Befehlsgewalt der Hochschulleitungen zu verwechseln. Praxisorientierung darf nicht mit kurzfristigen Unternehmensinteressen und „employability“ gleichgesetzt werden – auch praktische Fragen können frei oder unfrei gestellt und bearbeitet werden.
3. Hochschulen werden verlässliche Arbeitgeber. Die Arbeitsbedingungen müssen sozialpartnerschaftlich ausgehandelt oder öffentlich-rechtlich ausgestaltet sein. Ständige Sorge um den Erhalt des Arbeitsplatzes steht der Freiheit der Lehre und der Qualität der Begleitung von Studierenden entgegen – Daueraufgaben sollen mit Dauerstellen erfüllt werden. Das Unternehmensrisiko darf nicht auf einzelne Mitarbeiter/innen abgewälzt werden. Ständiger Akquisitionsdruck zerstört den Freiraum, in dem relevante Forschungsfragen und zukunftsweisende Exploits entstehen.
4. Die Freiheit im Forschen, Entwickeln, Lehren und Lernen an den Hochschulen ist ohne Demokratie *innerhalb* der Hochschulen nicht zu haben. Mitwirkungs-gremien müssen so ausgestaltet sein, dass Mitbestimmung der Hochschulangehörigen bei der Wahl der Hochschulleitung und bei strategischen Entscheidungen gewährleistet ist. Die Führungsorganisation und -kultur müssen die akademische Freiheit der Lehrenden und Forschenden ermöglichen.
5. Wissenschaftlicher Fortschritt erfordert Kooperation. Der marktformig organisierte Wettbewerb unter Hochschulen, Instituten und einzelnen Hochschulangehörigen schafft keine Effizienz, sondern mehr Bürokratie – z.B. durch unnötige Rankings. Die Marketingkosten werden aufgebläht. Konformitätsdruck prägt das Betriebsklima.
6. Bei der Auswahl von Professorinnen und Professoren, wie auch bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses („Mittelbau“), müssen inhaltliche, nicht betriebswirtschaftliche Kriterien den Ausschlag geben. Um der Praxisorientierung der Fachhochschulen gerecht zu werden, bedarf es eigenständiger Kriterien, die dem Anspruch an Praxiserfahrung in Verbindung mit wissenschaftlichem Denken gerecht werden.
7. Der Nachwuchs in Lehre und Forschung braucht klare Perspektiven. Der Übertritt in eine feste Anstellung als Professor/in oder Dozent/in muss nach nachvollziehbaren Regeln erfolgen. Befristete Stellen von Nachwuchs-Mitarbeitenden müssen so ausgestaltet

sein, dass ein Qualifikationsprojekt (z.B. Dissertation) während dieser Zeit durchgeführt und abgeschlossen werden kann.

8. Die technischen, handwerklichen, Reinigungs- und administrativen Mitarbeiter/innen leisten notwendige Arbeit, damit Forschung, Lehre und Dienstleistungen überhaupt möglich werden. Sie müssen in den Mitwirkungsgremien vertreten sein. Statt überrisikoreicher Marketing- und Kommunikationsabteilungen brauchen die Hochschulen einen zuverlässigen und sorgfältigen administrativen und technischen Support. Dafür braucht es feste interne Stellen auf dem Standard öffentlich-rechtlicher Anstellungsbedingungen.
9. Ein Hochschulstudium darf nicht vom Portemonnaie der Eltern abhängen. Die Schweiz braucht ein einheitliches und stärker ausgebautes Stipendienwesen, das auch Studierenden aus wirtschaftlich schlechter gestellten Familien ein Vollzeit-Studium ermöglicht. Die Durchlässigkeit zwischen den Fachhochschulen und Universitäten muss im Interesse der Chancengerechtigkeit gefördert werden.
10. Die Unterscheidung zwischen Universitäten, Fachhochschulen und Hochschulen der Künste ist sinnvoll – die gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen verlangen nach unterschiedlichen Arten von Wissen, Erfindungsgeist und Fähigkeiten. Dabei gilt: Wo Berufsbefähigung draufsteht, muss Berufsbefähigung drin sein. Wo Wissenschaft draufsteht, muss Wissenschaft drin sein. Eine Unterscheidung und konkrete Ausgestaltung der Hochschulen, die dem Motto „gleichwertig, aber anders“ in der Praxis gerecht wird, erhöht die Chancengerechtigkeit des Bildungswesens.
11. Besser ist selten billiger. Es ist eine Illusion zu meinen, der Ausbau der Hochschulbildung könne vollzogen werden, ohne dass die Kosten entsprechend steigen. Wer die Hochschulbildung verbessern und ausweiten will, muss mehr zahlen.
12. Das Finanzierungssystem der Hochschulen muss so ausgestaltet sein, dass die Punkte 1 bis 11 erfüllt werden können und dass die inhaltlichen Ziele ihrer Tätigkeit von den Hochschulangehörigen bestimmt werden. Dies setzt voraus, dass der Anteil der projektunabhängigen Forschungsgelder – auch für Fachhochschulen – massiv erhöht wird. Die direkte Umrechnung von ECTS-Punkten und Drittmitteln auf betriebsinterne Kostenstellen und Stundenpensen muss einer Finanzierungs- und Buchhaltungslogik weichen, die es erlaubt, über ein Semesterbudget hinaus zu denken.